Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 19. Januar 1888. Nr. 31.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. Der Kaiser nahm heute Vormittag die regelmäßigen Vorträge entgegen. Mittags ertheilte der Kaiser dem Militär-Bevollmächtigten bei der deutschen Gesandtschaft in Madrid, Rittmeister im 2. Garde-Dragoner-Regiment Herrn von Bülow, Audienz. Gestern Nachmittag war Prinz Wilhelm zu längerem Besuch beim Kaiser und am Abend wohnte der Kaiser mit dem Prinzen und der Prinzessin Wilhelm und anderen Mitgliedern der königlichen Familie der Vorstellung im königlichen Opernhause bei. Nach dem Schluß der Vorstellung war bei den kaiserlichen Majestäten eine kleinere Thee-Gesellschaft.

— Die Kaiserin unternahm heute Nachmittag wieder eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten.

— Prinz Wilhelm verweilte gestern längere Zeit im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

— Der Kronprinz von Griechenland wird, wie verlautet, am Sonnabend, den 21. Januar, Nachmittags 12½ Uhr, in Berlin eintreffen, um am nächsten Tage an der Feier des Krönungs- und Ordensfestes Theil zu nehmen. Bekanntlich ist dem Kronprinzen von Griechenland am 11. Dezember 1887 der hohe Orden vom Schwarzen Adler verliehen worden.

— Für die diesjährige Feier des Krönungs- und Ordensfestes am nächsten Sonntag, den 22. d. M., sind die Einladungen im Laufe des heutigen Tages bereits ergangen. Die neu zu dekorirenden Personen sind zu Vormittag 9¾ Uhr nach der ersten braunschweigischen Kammer geladen, wo um 10 Uhr die Verleihung der Orden in der zweiten braunschweigischen Kammer stattfindet. — Die als Zeugen zur Proklamation geladenen älteren Ritter und Inhaber versammeln sich um 10½ Uhr im Rittersaale. Um 11 Uhr erfolgt dann im Rittersaale die Proklamation der vom Kaiser befohlenen neuen Ordens-Verleihungen. Hierbei nehmen die Prinzen des königlichen Hauses rechts vom Throne Platz und begeben sich nach Beendigung der Proklamation nach dem Kurfürstenzimmer, woselbst um 11 Uhr 30 Min. der Kaiser und die Kaiserin und die königlichen Prinzessinnen eintreffen. Die Hofstaaten und die Gefolge treten gegen 11 Uhr 15 Min. in der boisirten Gallerie, die zur Feier außerdem eingeladenen älteren Ritter und Inhaber, insbesondere die, welche im Jahre 1887 dekorirt worden sind, dagegen um 11 Uhr 30 Min. in der Schloßkapelle zusammen. Das Kaiserpaar, begleitet von den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, begiebt sich dann zur Vorstellung der neuernannten Ritter des Rothen Adler-Ordens, des Kronen-Ordens und des Königlichen Hausordens von Hohenzollern nach dem Rittersaale, wo von 11 Uhr 45 Min. bis 12 Uhr die Kour stattfindet, indem die königlichen Prinzessinnen rechts, die königlichen Prinzen links vom Throne Aufstellung nehmen. Nach der Kour begeben sich die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften im geordneten Zuge nach der Schloßkapelle begeben, nachdem jedoch zuvor erst noch im Königinnen-Gemach die betreffenden Damen, des Luisen-Ordens und des Verdienstkreuzes vorgestellt worden sind. In der Schloßkapelle beginnt der Gottesdienst Mittags um 12 Uhr. Nach Beendigung desselben begeben sich das Kaiserpaar und die Mitglieder des königlichen Hauses in die brandenburgische Kammer, während Vortritt und Gefolge im Rittersaale verbleiben, und alsdann nach erfolgter Ordnung der Tafel im Zuge zurück nach dem Königinnen-Gemach, wo diejenigen Mitglieder des diplomatischen Korps und die Ritter des Schwarzen Adler-Ordens, welche gegenüber der königlichen Tafel plazirt werden, sowie die nicht zum Gefolge gehörenden fürstlichen Personen, Höchsten Herrschaften unmittelbar sich anschließen, und hierauf die Damen folgen und vom Königinnen-Gemach in den Weißen Saal zur Galatafel, welche nach 1 Uhr beginnt.

— Der Gesetzentwurf betreffend den Erlaß der Wittwen- und Waisengeldbeiträge der unmittelbaren Staatsbeamten, der dem Abgeordnetenhaus zugegangen, bestimmt: Artikel 1. Die Wittwen- und Waisengeldbeiträge, welche auf Grund des Gesetzes betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 20. Mai 1882 zu entrichten sind, werden, unbeschadet des an diese Verpflichtung geknüpften Anspruchs auf Wittwen- und Waisengeld, vom 1. April 1888 ab nicht erhoben. Artikel 2. § 1. Verzichte auf Wittwen- und Waisengeld, welche auf Grund des § 23 des Gesetzes vom 20. Mai 1882 erklärt sind, dürfen bis zum 30. Juni 1888 einschließlich widerrufen werden. Auf Rechtsnachfolger geht diese Befugniß nicht über. Die Frist kann, soweit die dienstlichen Verhältnisse der Betheiligten es erfordern, von dem Departementschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister angemessen verlängert werden. § 2. Der Widerrufende hat denjenigen Betrag an Wittwen- und Waisengeldbeiträgen zur Staatskasse nachzuentrichten, welcher ohne Erklärung des Verzichts von ihm hätte entrichtet werden müssen. Die Tilgung dieser Schuld geschieht in Theilbeträgen von drei Prozent des Diensteinkommens, des Wartegeldes oder der Pension nach den für die Erhebung der Wittwen- und Weisengeldbeiträge bestehenden Vorschriften mit der Maßgabe, daß es dem Beitragspflichtigen jeder Zeit freisteht, den Rest seiner Schuld zur Staatskasse zu zahlen. Der nach dem Tode des Beitragspflichtigen etwa noch ungedeckte Betrag wird von den zunächst fälligen Raten des Wittwen- und Waisengeldes vorweg in Abzug gebracht.

— Die Wehrpflicht-Kommission des Reichstages trat heute Vormittag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zu § 3 wurde auf Antrag des Abg. Richter ein Amendement angenommen, welches die Bestimmungen desselben etwas erleichtert. Morgen Vormittag um 10 Uhr wird die Kommission ihre Berathungen fortsetzen.

— Die Gesetzvorlage betreffend die einmaligen Aufwendungen für die Wehrreform wird in den nächsten Tagen an den Reichstag gelangen. Die Höhe der Kosten wird, nach einer von dem preußischen Kriegsminister heute gegebenen Andeutung, ungefähr 100 Millionen Mark betragen.

— Von zuverlässiger Seite will die „Deutsche volkswirthschaftliche Korrespondenz" erfahren haben, seitens des Reichsamts des Innern seien die Vorschläge betreffend den Gesetzentwurf der Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter bereits geprüft und festgestellt worden, so daß insofern nicht noch wesentliche Abänderungen des Entwurfs seitens der übrigen Reichsinstanzen gefordert würden, derselbe binnen etwa 14 Tagen dem Bundesrathe zur Berathung und Beschlußfassung werde zugehen können.

— Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Elberfeld Barmen, Herr Harms, beabsichtigt, wie sein Organ, die „Freie Presse", mittheilt, für den Fall der Annahme des verschärften Sozialistengesetzes der sozialdemokratischen Fraktion den Vorschlag zu machen, „in corpore das Mandat niederzulegen".

— Im preußischen Etat der Verwaltung der indirekten Steuern für 1888–89 ist, wie bereits mitgetheilt, eine neue Forderung von 3,500,000 Mark angesetzt zur Besoldung der in Folge des Branntwein- und Zuckersteuergesetzes erforderlichen neuen Beamten. In der Begründung dazu wird gesagt: Die Ausführung der neuen Reichsgesetze über die Besteuerung des Branntweins und des Zuckers macht eine erhebliche Vermehrung des Beamtenpersonals bei der Zoll- und Steuererhebung und Kontrolle nothwendig. Insbesondere verlangt die Abnahme der gewonnenen Branntweinmengen aus den Sammelgefäßen oder nach den Meßapparaten in den einzelnen Brennereien, welche die alleinige Grundlage für die Festsetzung der Verbrauchsabgabe vom Branntwein bildet, das Vorhandensein einer ausreichenden Zahl von neuen, praktisch geübten und überall zuverlässigen oberen Beamten. Es wird deshalb beabsichtigt, eine neue zwischen den Assistenten und den Oberkontrolleuren stehende Beamtenkategorie, die der „Ober-Kontroll-Assistenten" einzufügen, welche als Oberbeamte im Sinne der Ausführungsbestimmungen zu dem Branntweinsteuergesetz, vorzugsweise die vorbezeichnete Abnahme der Branntweinmengen und die sonstigen regelmäßig wiederkehrenden Kontrollgeschäfte unter der Oberaufsicht der Oberkontrolleure wahrnehmen, zugleich auch die letzteren in ihren Geschäften, insbesondere hinsichtlich der Kontrollirung des Brennereibetriebes, unterstützen bezw. vertreten sollen. Das Gehalt dieser Beamten wird auf 2000 Mark bis 3000 Mark, im Durchschnitt 2500 Mark, festzusetzen sein. Außerdem soll für die obere Ueberwachung und Leitung des Kontrollepersonals eine nicht unerhebliche Vermehrung der Ober-Revisoren, der Ober-Steuer-Kontrolleure 2c. erfolgen.

— Aus **Hamburg** wird der „Köln. Ztg." geschrieben:

„Herr Eugen Richter, der sich im Reichstage seit längerer Zeit bekanntlich in ein vielbedeutendes Schweigen hüllt, scheint sich auch der alten Zug- und Zündkraft, die er einst auf die großen Laienmassen auszuüben verstand, nicht mehr ganz sicher zu sein. So schickt er denn den Jochem aus! Herr Hinze, der „frühere Major", wie er trotz aller katonischen Verachtung des Standesbewußtseins, die sonst den biederen Fortschrittsmann zu zieren pflegt, mit scheeler Eitelkeit krampfhaft genannt wird, kam heute, nachdem er gestern in Bremen gewanderpredigt hatte, als Richter's Abgesandter auch zu uns. Vielleicht gedenkt man ihn bei der nächsten Reichstagswahl hier in Hamburg als Kandidaten aufzustellen, denn einerseits macht man hier schon lange „Stimmung" für ihn, und andererseits fehlt es in dem hamburgischen Parteibestande gänzlich an geeigneten Persönlichkeiten. Viel Glück wird aber dennoch nicht dabei sein, denn die freisinnige Partei hat hier sehr gründlich abgewirthschaftet, und dann sieht der Hamburger Bürger sich am liebsten durch einen Hamburger im Reichstage vertreten, nur die Sozialdemokraten haben es hier bisher anders gehalten. Herr Hinze sprach über die Gesetzgebung der Kartellparteien. Seine Rede war nichts anderes als eine schauspielerisch-effektvolle Zusammenstellung jener allgemeinen Schlagwörter, die in den Berliner Volksversammlungen gang und gäbe, aber auch dort schon wirkungslos geworden sind. Er nannte die Mittelparteien die „neue Heilsarmee", die nur durch eine unwahre Auslegung des Septennats so stark in's Kraut habe schießen können, die Nationalliberalen seien weder liberal noch national, sie hielten Bismarck für unfehlbar, unterstützten die unwürdigste Interessen-Politik, förderten die schwärzeste Reaktion u. s. w. Das einzig Neue, was er vorbrachte und was den taktischen Weg bezeichnet, den die Freisinnigen demnächst im preußischen Landtag einschlagen werden, war der Gedanke, daß auch die beabsichtigte Entlastung der Gemeinden von den Schullasten nur ein Agrarierstückchen sei, denn die Entlastung werde hauptsächlich nur Gutsherrschaften zu Gute kommen! Major Hinze mag sich trösten: Niemand im Lande wird eine Partei, die keinen Antheil an der Verbesserung unserer Finanzen gehabt hat, für die Verringerung der Schullasten — verantwortlich machen."

— Der zwischen Frankreich und Italien schwebende Florentiner Streitfall erhitzt die Gemüther auf beiden Seiten, namentlich aber auf französischer, immer mehr. An und für sich derartig beschaffen, daß man eine rasche Beilegung hätte erwarten müssen, hat derselbe jetzt schon bis zur bedingungsweisen Androhung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen geführt. Hierüber erhält die „Voss. Ztg." folgenden eigenen Drahtbericht:

Paris, 18. Januar. Flourens beschwerte sich bei Crispi über die Verschleppung der Florentiner Sache und über die Drohung des Friedensrichters Tosini, die Angelegenheit nochmals aufzunehmen. Tosini berief jüngsten Mittwoch El Melik und seinen Anwalt auf den 20. d. M. vor das französische Konsulat, um mit ihnen zusammen nochmals daselbst einzudringen, wenn ihnen nicht gutwillig Einlaß gewährt werde. Flourens erklärte Crispi, wenn eine derartige Gewaltthat verübt werde, berufe er den französischen Botschafter sofort aus Rom ab und behalte sich vor, die weiteren Maßregeln zu treffen, welche Frankreichs Ehre und Interessen erfordern. Die hiesigen Blätter rathen der Regierung, die 250,000 italienischen Arbeiter auszuweisen, die in Frankreich ihr Brod verdienen; dazu wird die Regierung indeß schwerlich greifen.

— Der „Siecle" bringt einen Auszug aus dem Berichte Cavaignacs über das französische Heeresbudget. Der Bericht konstatirt, daß die ordentlichen Ausgaben um 19 Millionen reduzirt worden seien, was gegen die Ansätze von 1884 eine Reduktion von 60 Millionen ergebe. Doch sei nun das Aeußerste erreicht; und auch das habe sich nur ermöglichen lassen, indem man den Urlaub in einer Weise ausgedehnt habe, daß die Dienstzeit faktisch auf drei Jahre abgekürzt sei. Würden zum Exerzitium des Repetirgewehrs diesmal die nöthigen Reserven eingezogen, so würde man entweder einen Nachtrag fordern oder mehr Mannschaften beurlauben müssen, als sich mit dem Dienst vertrage. Der Bericht giebt zu verstehen, daß wohl noch sparsamer gewirthschaftet werden könnte; doch leide die rationelle Ausnutzung der Bewilligungen unter der Unbeständigkeit der Ministerien, der mangelhaften Kontrolle und unter technischen Fehlern bei der Verwendung der Bewilligungen. Eine bedeutende Neuerung im Budget ist die Ausgleichung der Löhnung. Bis jetzt erhielt der Offizier einer Spezialwaffe höhere Gage als ein Infanterieoffizier: jetzt sollen die Gagen bis zur Gleichmäßigkeit erhöht und die Kosten dafür durch Ersparnisse am Lohn der Mannschaften aufgebracht werden.

Wie dasselbe Blatt mittheilt, soll im Marineministerium ein permanenter Generalstab eingerichtet werden, ein Personal, das von dem Wechsel des Ministers unabhängig wäre. Der Gedanke einer solchen Einrichtung für das Kriegsministerium spukt schon längst; bewährt sich der Versuch in dem Nachbarressort, so wird Frankreich wohl bald auch mit seinem „permanenten Moltke", wie sie es in Paris nennen, beglückt werden, der, erhaben über der Erscheinungen Flucht, die Revanche organisiren kann.

— Ueber den elften Verhandlungstag des Posener Sozialisten-Prozesses wird dem „B. T." geschrieben:

Der Zeuge Ksionskiewicz aus Berlin macht folgende Aussage: „Ich bin kein Sozialdemokrat. Ich habe mit Szukalski (der seiner Zeit im Posener Gerichts-Gefängniß als Untersuchungs-Gefangener gestorben ist) zusammen gewohnt. Naporra hat uns sehr oft besucht. Bei Zakrzewski auf der Straußbergerstraße habe ich häufig verkehrt, bei Spickermann und Brust niemals. Am 6. Dezember 1886 kamen Naporra und Porankiewicz Abends in meine Wohnung. Naporra sagte zu mir: „Komm herunter, da unten ist Revolution. Wenn es in unserer Macht stände, würden wir mit Säbeln und Stöcken Alle zusammenhauen." Ich wollte jedoch nicht mitgehen. Ob ich dies Alles dem Miaskowski erzählt habe, weiß ich nicht.

Auf abermaliges Befragen erklärt nunmehr Naporra, daß er sich nicht mehr erinnern könne. Möglich sei es, daß er oben gewesen, indeß könne er mit aller Entschiedenheit behaupten, daß er die von dem Zeugen Ksionskiewicz bekundete Aeußerungen nicht gethan habe.

Hierauf machte der Herr Vorsitzende dem Kriminal-Schutzmann Naporra ernste Vorhaltungen, indem er ihm sagte, daß dies eine Aussage sei, die den Gerichtshof nicht befriedigen könne. Er (der Herr Vorsitzende) ermahne den Zeugen Naporra, vorsichtig in seiner Aussage zu sein. Bei der Fülle des hier in Betracht kommenden Observations-Materials sei es ja möglich, daß Naporra sich irre, namentlich in Bezug auf die Vorgänge, über welche er sich keine Notizen gemacht habe. Der Zeuge behaupte, daß Naporra die betreffenden Aeußerungen gethan, mithin werde es sich auch wohl so verhalten.

Der Zeuge Ksionskiewicz erklärt ferner auf Befragen, daß er sich nicht mehr entsinnen könne, ob Naporra damals zu ihm gesagt habe, er (Zeuge) würde im vorliegenden Falle einen guten Fahnenträger abgeben. Außerdem bekundet Zeuge noch, daß der verstorbene Szukalski ihn und den Miaskowski einmal aufgefordert habe, mit nach der Kommandantenstraße (in's Lokal des polnischen Handwerker-Vereins) zu kommen, woselbst Flugblätter auf Tische und Stühle gelegt werden sollten. Da sie jedoch Beide ablehnten, habe Naporra die Blätter an sich genommen und sei mit dem Szukalski gegangen.

— Auch die am meisten rechts stehenden, süddeutschen Blätter der nationalliberalen Partei sprechen sich mit Entschiedenheit gegen das neue Sozialistengesetz aus. So schreibt der „Schwäb. Merkur" in Stuttgart:

Den Mittelpunkt der Verschärfungen bildet die Reichsausweisung. Es ist wahr, was die Be-

gründung anführt: die seitherige Ortsausweisung dient leicht dazu, den gefährlichen Stoff nur an einen anderen Ort zu verpflanzen, wo er bisher weniger heimisch war; und es ist auch an sich wahr, daß, wer sich in den Staat nicht fügen will, nicht verdient, demselben ferner anzugehören. Ob es aber wohlgethan ist, daraus die Folgerung zu ziehen, daß nun besonders gefährliche Verbreiter der sozialistischen Irrlehre — denn auf alle dehnt der Gesetzentwurf selbst seinen Vorschlag nicht aus — aus dem Reich verbannt werden sollen, ist eine andere Frage. Der Verbannte würde, rechtlos gestellt, es seinerseits als sein Recht betrachten, künftig, wenn er Gelegenheit findet, mit den schlimmsten Werkzeugen des Verbrechens Unternehmungen gegen ein Land zu machen, das ihn rechtlos gemacht. Alle seine Standesgenossen — denn das ist nun einmal das Besondere, daß die sozialdemokratische Lehre wesentlich in Einem Stande, und zwar in einem sehr zahlreichen, ihre Anhänger findet — würden mit ihm fühlen, als ob sie alle selbst rechtlos gestellt würden. Der gesellschaftliche Haß würde sich in einer Weise verschärfen, daß viel gefährlichere Folgen davon zu erwarten wären, als die, denen man durch die neue Strafe begegnen will. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie eben zumeist als politischer Glaube unter den vom Schicksal minder begünstigten Klassen sich vorfindet. Da wird leicht jede scharfe Maßregelung als Gewaltmißbrauch von Seiten der Begünstigteren empfunden; sie drückt in der That sehr schwer, wenn sie einen Mann mit Weib und Kind betrifft, der ohnedies hart mit dem Leben zu ringen hat. Wenn ein Bischof oder sonst ein katholischer Geistlicher unter dem Expatriirungsgesetz das Reich verlassen mußte, so fand er leicht Aufnahme in gastlichen Klöstern nahe der Grenze; er konnte als familienloser Mann mit wenigem erhalten werden und „am Orte seiner Verbannung“, wie die vertriebenen Bischöfe seiner Zeit ihre Schreiben datirten, ein verhältnißmäßig behagliches Leben führen. Die „Deportation“, die anderwärts besteht, weist darauf hin, daß, wenn der Staat verbannt, er auch für eine andere Unterkunft sorgen soll. Aber Niemand wird den Vorschlag machen, nun schnell deutsche Strafkolonien zu schaffen und die ärgsten Sozialisten dahin zu schicken. Der Vorschlag der „Einweisung“ (Internirung) sucht etwas so Künstliches und dazu um nicht viel Besseres als die bisherige einfache Ausweisung zu schaffen, daß man lieber darauf verzichten wird. — Alles in allem wird man gut thun, das Sozialistengesetz vorerst beim Alten zu lassen, es um ein paar Jahre, wenn auch nicht um die fünf des Entwurfs, die auch nur mit dem einzigen Worte „zweckmäßig“ begründet werden, zu verlängern und inzwischen ernstlicher als bisher darauf zu denken, daß man die Ausnahmemaßregeln bald in den gewöhnlichen Rechtszustand überleite.

— Der „Londoner Observer“ glaubt nicht, daß das ominöse Schweigen des Zaren am Neujahrstage auf Krieg deutet. Das Blatt schreibt: Die Einflüsse, welche zu Gunsten des Friedens in die Wagschale fallen, sind unserer Meinung nach unendlich viel stärker, als diejenigen, welche nach Krieg drängen, daß wir eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Verwickelung als die bei Weitem wahrscheinlichere halten. Gewiß, das Gleichgewicht dieser beiden Kräfte kann eine ernstliche Störung, ja vielleicht eine völlige Umkehr erfahren, wenn in den Geschicken der einzelnen Staaten eine unvermuthete Wendung eintritt. Wenn die Revanchepartei in Frankreich und der anscheinend aus der Politik verschwundene General Boulanger wieder eine Popularität erlangen, so müßte Deutschland die Lage in neue Erwägung ziehen und Fürst Bismarck seine Politik umformen. Wenn die Krankheit des Kronprinzen ein böses Ende nähme und die Kaiserkrone auf ein anderes Haupt kommen sollte, so wäre auch dieser Fall geeignet, den Lauf der Ereignisse wesentlich zu ändern. Auch wenn nihilistische Attentate den Zaren dazu zwängen, verzweifelte Mittel der Ablenkung zu ergreifen, so würde die Wirkung davon die Zukunft wahrscheinlich beträchtlich modifiziren. Aber selbst in allen diesen Fällen würden die großen nationalen und dynastischen Kräfte in unveränderter Stärke wirken. Die einzige Frage bliebe, ob sie durch die Leidenschaften der Einzelnen, oder den Fanatismus der Völker nicht bemeistert würden. Aber selbst wenn Deutschland einen neuen Herrscher bekäme, oder Frankreich in die Hände einer Kriegspartei geriethe, folgt noch nicht daraus, daß Beide gegen die mannigfaltigen sie zurückhaltenden Einflüsse aufkommen könnten. Und wenn man vom Wechsel auf dem Schauplatze der europäischen Politik absieht, so sind die großen und tiefen Kräfte mächtig genug, um kleinere Hindernisse zu überwinden. Niemand schreibt Oesterreich, bei dem es sich um Leben und Tod handelt, die Rolle des Friedensstörers zu, und was Deutschland betrifft, so hat der greise Kaiser Wilhelm seit langen Jahren die Rolle eines Friedensfürsten gespielt. Es kommt also nur noch auf Rußland an, bei dem es sich nicht sowohl darum handelt, ob es den Willen, als ob es die Macht hat, seine aggressiven Ziele zu verfolgen. Nur ein wahnwitziger Zar oder dessen Minister könnte einen Krieg mit dem verbündeten Deutschland und Oesterreich anfangen. Die Ziele des Fürsten Bismarck gehen aber nach unserer Meinung weiter. Er wünscht, wenn möglich, die so lange andauernde Gespanntheit der europäischen Lage zu beendigen, indem er Oesterreich und Rußland zwingt, ihre Politik gegenseitiger Bedrohung aufzugeben und theilweise zu entwaffnen, wozu er dann auch Frankreich zwingen könnte. Zu dem Ende aber muß Rußland befriedigt werden. Nach unserer Ueberzeugung wird es Fürst Bismarck gelingen, ein Kompromiß zwischen den widerstreitenden Ansprüchen Rußlands und Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel zu finden, und in diesem Falle ist es absurd, anzunehmen, daß die Welt sich in einen Krieg stürzen sollte wegen des Ehrgeizes einer so unbedeutenden Persönlichkeit, wie der des Prinzen Ferdinand.

Ausland.

Wien, 15. Januar. Die Neujahrsrede des Prinzen Ferdinand in Sofia, worin er versichert, man werde sehen, daß er für die Vertheidigung Bulgariens zu sterben wisse, wenn etwa demnächst die Ereignisse das Land zwingen sollten, seine Rechte zu vertheidigen, wird vom heutigen „Fremdenblatt“ als eine „übliche Redewendung von problematischem Werth“ bezeichnet, jedoch knüpft das „Fremdenblatt“ an diese und an eine ähnliche Kundgebung des Platzkommandanten von Rustschuk die Anfrage an die Russen, wie denn eigentlich die „Beseitigung des Koburgers“ friedlich zu verwirklichen wäre, „wenn die in den bulgarischen Neujahrsreden zu Tage getretenen Dispositionen fortdauern sollten“. Man betont hier in letzter Zeit wieder schärfer, daß Oesterreich auf die Frage der Beseitigung des Koburgers nicht eingehen könne, ohne gleichzeitig die Frage, was nachher geschehen solle, in Erörterung zu ziehen. Man erklärt den Standpunkt anderer weiter entfernter Mächte völlig zu würdigen, aber Oesterreich sei in der besonderen Lage, daß jede neue Unruhe in Bulgarien sofort gradeswegs an unsern Küsten brande. Es sei ja möglich, daß in Bulgarien unter Beseitigung des Koburgers die Wurstelei der Fürstensuche ganz gemüthlich von Neuem beginne und man somit wieder ein Paar Friedensjahre gewinne, aber gar so wahrscheinlich sei dies nicht, und Oesterreich habe nicht Grund seinerseits, den jetzigen Zustand, der, obwohl ungesetzlich, immerhin einen gewissen Schutzdamm für den unmittelbar benachbarten und mitgefährdeten Stand abgebe, zu zerstören. Mehr noch als die bulgarischen Neujahrsreden machen hier die bulgarischen Veröffentlichungen Aufsehen, aus welchen sich Zusammenhänge zwischen dem Putsche von Burgas und dem russischen Gesandten Hitrowo sowie andern „Autoritäten“ in Rußland zu ergeben scheinen. Zwar zweifelte eigentlich Niemand an der russischen Anstiftung, aber es war doch neu, daß man im „Journal de St. Petersbourg“ die Verschwörer nicht bloß entschieden verleugnete, sondern auch ihren Versuch als politisch unsinnig und zwecklos tadelte, während gleichzeitig nachgewiesen wurde, daß der Versuch mit dem amtlichen Rußland zu thun hatte. Hier sucht man die Sache so zu erklären, daß der große Zar in Petersburg wieder einmal keine Ahnung davon hatte, was die kleinen Leute am Balkan anstifteten. Man kommt bei dieser Auffassung jedoch in die Verlegenheit, annehmen zu müssen, daß Herr Hitrowo aus Eigenem die großen Summen opferte, welche die Verschwörerei am Balkan kostet. Bekannt ist ja, daß außer der Bande des Kapitäns Nabokow noch fünf oder sechs andere Banden gleichzeitig gebildet wurden, bekannt auch, daß weder Herr Hitrowo, noch Herr v. Nelidow, noch Zankow, noch der Fürst von Montenegro das Geld für dergleichen Allotria haben. Wer also zahlt die Unruhestifter? Als der bulgarische Präfekt Manlow von Rustschuk nach Bukarest gelockt und dort durch russische Mordgesellen überfallen wurde, haben die Petersburger Blätter, wenn mir recht erinnerlich ist, die That ebenfalls getadelt und Herr Hitrowo hat sie in Abrede gestellt, ohne daß die rumänische Regierung ein Wort dazu sagte. Sollte das „Journal de „St. Petersbourg“ vielleicht gehofft haben, daß man Herrn Hitrowo auch diesmal nicht erwischen, oder wenn erwischt, nicht öffentlich anzunageln wagen werde? Die russischen Diplomaten sind übrigens so gewohnt, mit Fälschungen und dergl. zu arbeiten, daß sie wohl nichts mehr genirt. Vorgestern hatte die hiesige „Presse“ darüber zu klagen, daß Herr v. Nelidow — denn dieser war gemeint — mittels Fälschungen dem Zaren darzuthun suche, Oesterreich wolle die Pforte zur Anerkennung des Prinzen Ferdinand antreiben. Heute liegt mir eine neue russische Fälschung aus dem in Braila auf Kosten des Herrn Hitrowo erscheinenden Blatte der bulgarischen Emigranten „Deveti Avgust“ (Der neunte August) Nr. 52 vom 3. Januar n. St. vor. Dieses saubere Blatt druckt einen angeblichen Brief des Herrn Stambulow, der sich beim ersten Anblick für Eingeweihtere als Fälschung erweist und dessen Zwecke ohne Erläuterung leicht ersichtlich sind. Es heißt in demselben: „Vor der Ankunft S. H. des Prinzen Ferdinand in Bulgarien vertrauten mir die Vertreter Deutschlands und Oesterreich Ungarns unter dem Siegel der Verschwiegenheit, daß ihre Regierungen den Prinzen von Koburg als Hospodar von Bulgarien anerkennen würden.“ Selbstverständlich ist dieses plumpe Machwerk, welchem durch Hineinziehung von Privatverhältnissen Stambulows einige Glaubwürdigkeit verliehen werden soll, ein frecher Schwindel, aber es beweist wieder, mit welchen Mitteln die Vertreter Rußlands in den Balkanländern ihre Anhänger ködern. Das französisch-bulgarische Blatt „Der neunte August“ in Braila wird zweifellos von Rußland unterhalten und Herr Hitrowo ist für die Fälschung verantwortlich, oder sollte er die Verantwortung ablehnen?

Brüssel, 17. Januar. Die große Tuchfabrik Hauzeur in Ensival bei Verviers ist sammt allen Vorräthen und Waaren niedergebrannt. Der Schaden übersteigt eine Million Franks. 300 Arbeiter sind durch die Katastrophe brodlos geworden.

Paris, 17. Januar. Der spanische Finanzminister kündigte in der Kammer die Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Ratifizirung des Abkommens mit der spanischen Bank an, demzufolge diese 165 Millionen zu 3 Prozent unkündbar auf fünf Jahre zur Deckung der schwebenden Schuld der Regierung vorschießen soll.

Paris, 17. Januar. Dem „Temps“ zufolge hat Flourens von den umfangreichen Aktenstücken des Zwischenfalles in Florenz Kenntniß genommen. Bevor er jedoch seine Schlußfolgerungen stellt, hat er Abschriften nach Rom gesandt, welche beweisen, daß die Folgerungen des italienischen Generalstaatsanwalts auf verschiedenen Irrthümern beruhen, indem bewiesen wird, daß der französische Generalkonsul die italienischen Justizbehörden von der Anlegung der Siegel an die Erbschaftsurkunden benachrichtigt hatte; daß er von dem Beschlusse des Richters nicht in Kenntniß gesetzt wurde, und daß der Richter im Konsulat auch diplomatische Akten aufgerissen und beschädigt habe.

Ueber den Unfall, der am Sonntag im Forste von Rambouillet stattfand, wird berichtet: General Brugere und Oberst Lichtenstein sind gewöhnlich mit der Leitung der Jagden des Präsidenten beauftragt. Jedem Jäger pflegt ein Jagdhüter beigegeben zu werden, der ihm die Wege zeigt und die Patronentasche und eine Ersatzflinte nachträgt. Gestern nun, zwischen 2 und 3 Uhr, als die Jagd am belebtesten war, drehte sich General Brugere nach seinem Geleitsmann um, um die Ersatzflinte in Empfang zu nehmen. Der Hüter stolperte in seinem Diensteifer über ein Hinderniß, das geladene Gewehr entfiel seinen Händen, entlud sich beim Fallen, und die in nächster Nähe in Art einer Kugel treffende Ladung verletzte den General an der Außenseite des Oberschenkels. Ein anwesender Arzt erklärte nach eingehender Untersuchung der allerdings erheblichen Wunde, daß der Knochen glücklicherweise kaum berührt sein dürfte; es gelang auch beinahe alle Schrote aus der Wunde zu entfernen. Der General wurde alsbald nach Paris in seine Wohnung gebracht.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. Januar. An gestriger Börse lag folgende Bekanntmachung des Regierungs-Präsidenten vor:

„In Ergänzung der Segel-Anweisung für die nach Swinemünde bestimmten Schiffe vom 7. November 1873 bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Lootsendampfer „Delphin“ zu Swinemünde außer dem auf Seedampfern gebräuchlichen Dampf-Heuler mit einer weithin schallenden Lokomotivpfeife versehen ist, durch deren Ton er von allen Dampfern zu unterscheiden ist. Bei dickem Wetter hält der Dampfer See in der Nähe der Rhedetonne (Glockenboje) vor dem Swinemünder Hafen und läßt in Zwischenräumen von 10 (zehn) Minuten zwei, zehn Sekunden dauernde langgezogene Töne mit der Lokomotivpfeife hören, zwischen denen eine Pause von ebenfalls zehn Sekunden stattfindet. Als Antwort auf die Töne der Heuler der ankommenden Dampfer werden drei kurze, hintereinander folgende Töne, ebenfalls mit der Lokomotivpfeife des Lootsendampfers gegeben.“

— Hat im Geltungsbereich des Preuß. Allg. Landrechts der Gemeinschuldner in den letzten zwei Jahren vor der Eröffnung des Konkursverfahrens die gesetzlich oder vertraglich ihm obliegende Sicherstellung des Eingebrachten seiner Ehefrau dadurch bewirkt, daß er ihr seine auf den Inhaber lautende Lebensversicherungspolice zedirte, so kann nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 6. Zivilsenats, vom 24. November v. J., der Konkursverwalter diese Sicherstellung nicht anfechten.

— Daß das Ausknobeln der Zeche als Hazardspiel vom Reichsgericht bezeichnet worden sei, wurde jüngst in der gesammten Tagespresse mitgetheilt. Jetzt erklärt das „Gasthaus“, daß nach den an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen die Sache wesentlich anders liegt. Darnach haben die betheiligten Personen sich nicht auf das Ausknobeln der Zeche beschränkt, sondern jedes Mal noch Geldeinsätze von mindestens 10 Pfennigen gemacht. Hierbei kam es zu Streitigkeiten, welche mit einer Schlägerei endeten. Die Mißhandelten denunzirten wegen Körperverletzung, und hierdurch kam auch das vorhergegangene Spiel zur Kenntniß der Behörde. Der Gastwirth soll schon zwei Mal wegen Duldung von Glücksspielen vorbestraft sein, und hieraus erklärt es sich, daß das Reichsgericht das Knobeln wegen der in die Zechen hineingebrachten kleinen Geldsätze als Hazardspiel angesehen und das verurtheilende Erkenntniß der Vorinstanz bestätigt hat.

— Dem Regierungs- und Schulrath Dr. J. H. König hierselbst ist der Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen.

— Für Kinder, welche in Ferienkolonien geschickt werden, wird auf Anordnung des Ministers für öffentliche Arbeiten auf den Eisenbahnen nur der halbe Fahrpreis erhoben, so daß also zwei Kinder von 4—10 Jahren auf ein Billet befördert werden können. Diese Vorschrift hat der Minister für öffentliche Arbeiten noch ausgedehnt auf skrophulöse Kinder der ärmeren Volksklassen, welche in die an verschiedenen Orten eingerichteten Heilanstalten oder in Bade- oder Kurorten geschickt werden. Die Mittellosigkeit muß durch eine Bescheinigung der Ortsbehörde nachgewiesen werden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Zweites Gastspiel des königl. Hofschauspielers Herrn August Junkermann vom königl. Hoftheater in Stuttgart. „Onkel Bräsig.“

[illegible]te Nachrichten.

[illegible] R., welcher seine[illegible] ten Zeit unbeweiselsamt hat dem Kapitän E. Bo[illegible]chen Haß gegen den Schooner „Mathilde“ ein Do[illegible]ehabt zu haben, von welchem [illegible] in Anerkennung sein[illegible] er ihn über kurz oder [illegible] er 13 schiffbrüchigen Matrosen werde. Am [illegible] des am 12. August auf offen[illegible] eine unver[illegible] Dampfers „City of Montreal“ an[illegible] und das [illegible] Die Schiffbrüchigen wurden von Kapitän Bo[illegible] am 15. August aufgenommen und nach Falmouth gebracht.

— Im Hofstaat des Sultans giebt es nur eine Art weißer Edelleute, welche noch ihre Aemter im Serail versehen. Es sind die — Zwerge, vier oder fünf wahrhaft mikroskopische Mißgestalten. Sie werden, wie ehemals an abendländischen Höfen, als Narren und Possenreißer angestellt. Man sucht sich auf ihre Kosten zu amüsiren und spielt ihnen deshalb tausend Streiche der tollsten Art. Einen der seltsamsten, den Osman Bey in seiner Schrift über die Frauen in der Türkei (Berlin, Ißleib) erzählt, besteht darin, einen Zwerg in einem Kessel voll gekochten Reis zu verbergen. Man nimmt einen großen Kessel, in dessen Mitte man eine Nische aus Karten herstellt, wohinein man den Zwerg setzt. Hierauf garnirt und bedeckt man den Kessel wieder mit Reis und setzt dies beliebte Gericht dann den Gästen vor. Doch kaum haben diese die ersten Bissen verschluckt, so macht sich in der Mitte ein schrecklicher Einsturz bemerkbar und hervor springt, wie durch eine Feder geschnellt, ein Zwerg. Die Erscheinung dieses phantastischen Wesens verursacht eine allgemeine Flucht und setzt dem Mahl ein schnelles Ende. Natürlich geschieht diese Art Zerstreuung auf Kosten des armen Zwerges, denn die 10 bis 15 Minuten, die er unter dem heißen Reis zubringen muß, sind ein anstrengendes heißes Bad.

— Gutsbesitzer: „He Jochem! Spann die vier Braunen vor den Leiterwagen — da hast Du den Frachtbrief — fahre zur Stadt und hole dort die neue Futterschneidemaschine vom Bahnhof ab!“ — Gutsbesitzerin: „Jochem, wenn Du nicht darauf vergißt und mir aus der Stadt ein Päckchen Nähnadeln mitbringst, bekommst Du Abends einen Schnaps.“ — Jochem (grinsend): „Nä, i vergiß nit drauf!“ — Am Abend fährt Jochem mit seinen vier Braunen auf den Hof. Die Herrschaft steht am Fenster. „Hier gnä' Frau hab' ich die Nähnadeln!“ Der Herr aber sieht erstaunt auf den leeren Wagen: „Ja — wo hast Du denn die Maschine?“ — Jochem: „Sakra, auf die han i vergessen!“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Stade, 18. Januar. Der in erster Instanz freigesprochene Staatsminister a. D. von Hodenberg, dessen Majestätsbeleidigungs-Prozeß in Folge staatsanwaltschaftlicher Revision vom Reichsgericht nochmals an die erste Instanz verwiesen war, ist nunmehr zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Beantragt war eine Strafe von sechs Monaten.

Straßburg, 18. Januar. Die Frau des wegen Landesverraths verhafteten Hülfsschreibers Dietz ist nebst ihren Kindern gleichfalls verhaftet worden. Der Fabrikant Wagner von Mutzig (Nieder-Elsaß) ist, ebenfalls unter dem Verdachte des Landesverraths, nach Straßburg abgeführt worden.

Wien, 18 Januar. Das „Fremdenblatt“ sagt, die in dem Reskripte des Kaisers von Rußland an den Gouverneur von Moskau ausgedrückte Friedenshoffnung entspreche vollkommen dem überall bestehenden lebhaften Wunsche nach Erhaltung des Friedens. Freilich dürfe nicht verkannt werden, daß trotz der in dieser Hinsicht aufgewendeten Bemühungen die auf allen Gemüthern lastende Beunruhigung und die Zweifel über die Gestaltung der Zukunft nicht weichen wollten.

Denselben Blatte zufolge hätte die bulgarische Frage die Kabinette auch in den letzten Tagen nicht beschäftigt; es sei von keiner Seite ein Vorschlag unterbreitet oder sonst ein Anstoß zu einem Gedankenaustausch gegeben worden.

Wien, 18 Januar. Fregattenkapitän Hugo Deschauer, Abtheilungsvorstand im Marinekommando, hat sich gestern in einem Anfall von Geistesstörung selbst ums Leben gebracht.

San Remo, 18. Januar. Ueber die Ankunft der Königin Viktoria verlautet, dieselbe sei für Ende Februar bestimmt, werde jedoch unabänderlich stattfinden.

London, 17. Januar. Dr. Mackenzie ist heute von der Königin in Osborne empfangen worden.

Wasserstands-Bericht.

Stettin, 18. Januar. Im Hafen 0,42 Meter, im Revier 17 Fuß 5 Zoll. Wind: SW. — Posen, 17. Januar. Warthe: 1,02 Meter. — Breslau, 17. Januar. Oberpegel 5,04 Meter, Mittelpegel 3,64 Meter, Unterpegel 0,36 Meter unter Null.